

Nach Fristablauf noch 76 Kommunen ohne Satzung zum Straßenausbau

Zwei Monate nach Ablauf der gesetzlichen Frist haben zahlreiche Thüringer Kommunen noch immer keine Straßenausbaubeitragssatzung beschlossen. Wie das Landesverwaltungsamt MDR THÜRINGEN bestätigte, sind 76 Städte und Gemeinden säumig. Sie seien aber auf einem guten Weg. Die Frist war am 06. April 2012 verstrichen.



Grundstücksbesitzer sollen für Straßenausbauarbeiten mit zahlen. Doch meist fehlen entsprechende Satzungen.

Im Landkreis Weimarer Land sind die meisten Gemeinden im Rückstand. Hier fehlen noch 16 Satzungen. Stefan Hanßke von der Kommunalaufsicht des Landkreises sagte MDR THÜRINGEN, "keine Gemeinde mache dies absichtlich". In Bad Sulza habe es personelle Engpässe gegeben, in anderen Gemeinden hätten erst die Grundstücksdaten erhoben und die Kosten für den Straßenbau ermittelt werden müssen. Hanßke sagte weiter, die Kommunalaufsicht werde die Gemeinden nicht zusätzlich unter Druck setzen. Ziel sei aber, dass es bis 30. September 2012 überall gültige Straßenausbaubeitragssatzungen gebe.

Auch Michael Kallus, Leiter der Kommunalaufsicht im Saale-Holzland-Kreis, will den vier säumigen Gemeinden vorerst keine Satzung vorschreiben. In Serba beispielsweise müsse der Gemeinderat unter dem neuen Bürgermeister noch klären, ob die Eigentümer einmalig oder wiederkehrend Beiträge zahlen sollen.

Nach dem Thüringer Kommunalabgabengesetz muss für alle Straßen, die vor dem 1. Januar 2007 ausgebaut wurden, eine Beitragssatzung erlassen werden. Das Gesetz sieht vor, dass Grundstücksbesitzer an den Kosten für den Straßenbau beteiligt werden. Noch vor einem Jahr hatten 170 Kommunen keine Straßenausbaubeitragssatzung beschlossen.

Zuletzt aktualisiert: 16. Juni 2012, 17:10 Uhr

<http://www.mdr.de/thueringen/strassenausbau100.html>